



## EDITORIAL

Liebe Leserinnen und Leser,

in den vergangenen Jahrzehnten ist die Europäische Union stetig erweitert worden. Aus einer Gruppe von sechs Staaten, die vor sechzig Jahren die Europäische Gemeinschaft für Kohle und Stahl gründeten, ist ein Zusammenschluss von 27 Ländern geworden. Die umfangreichste Erweiterung erlebte die Europäische Union im Jahr 2004, als ihr zugleich zehn Staaten beitraten. Im Jahr 2007 kamen als bislang letzte Neumitglieder Bulgarien und Rumänien hinzu.

Die Aufnahme von weiteren Staaten, insbesondere Nachfolgestaaten des früheren Jugoslawiens, ist ein europäisches Zukunftsprojekt, dem unsere Unterstützung gilt. Bereits 2004 erhielt Kroatien als erstes Land aus diesem Kreis den Status eines offiziellen Kandidaten. Nachdem Slowenien wegen ungeklärter Grenzfragen im Jahr 2009 die Öffnung der letzten elf Verhandlungskapitel blockiert hatte, wurde der Beitritt vertagt. Inzwischen scheint eine Lösung des Konflikts nicht mehr fern. Schon bald könnte Kroatien Mitglied der EU werden.

Im vergangenen Oktober haben die Außenminister der EU die nächste Phase im Erweiterungsprozess eingeläutet. Sie beschlossen einstimmig, die EU-Kommission mit einer Stellungnahme zum Beitrittsantrag Serbiens zu beauftragen. Sollte sie positiv ausfallen, können die Beitrittsverhandlungen beginnen. Serbien hatte diesen Schritt im September ermöglicht, als sich Belgrad zum Dialog mit der Regierung in Priština bereit erklärte und bekanntgab, keine neuen UN-Verhandlungen über den Status des Kosovo fordern zu wollen. Sorgen bereitet indessen die Entwicklung in Bosnien und Herzegowina. Die Spannungen zwischen den drei Volksgruppen – Bosniaken, Serben und Kroaten – verhindern bislang spürbare Fortschritte im Reformprozess. Fünfzehn Jahre nach dem Friedensabkommen von Dayton liegt die EU-Mitgliedschaft Bosnien und Herzegowinas noch immer in weiter Zukunft.

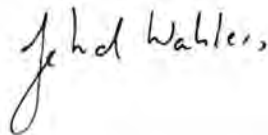
Die Konrad-Adenauer-Stiftung ist seit 1997 in den Ländern des ehemaligen Jugoslawiens präsent. Auslandsmitarbeiter engagieren sich mit Maßnahmen der politischen Bildung für Stabilisierung, Demokratisierung und EU-Annäherung. Neben den Länderprogrammen in Bosnien und Herzegowina, Kosovo, Kroatien, Mazedonien, Montenegro und Serbien unterhält die Stiftung zwei komplementär wirkende, regionale Sektorprogramme, das Rechtsstaatsprogramm und das Medienprogramm Südosteuropa. Ausdrücklich unterstützen wir die Staaten der Region auf ihrem Weg in Richtung EU. Ebenso begleiten wir den Reformprozess in den neuen Mitgliedsstaaten Bulgarien und Rumänien, der nicht die gewünschten Fortschritte aufweist.

Nicht zuletzt wegen dieser jüngsten Erfahrungen stehen viele EU-Mitgliedsstaaten, sowohl die Bürger als auch die politischen Akteure, dem Erweiterungsprozess skeptischer gegenüber als in früheren Jahren. Sie verlangen nach Mitsprache. Ausdruck dessen ist der Vertrag von Lissabon. Er hat den Einfluss der nationalen Parlamente auf Entscheidungsprozesse erhöht und ihnen ein erweitertes Vetorecht eingeräumt. Weitere Aufnahmeprozesse können von dieser institutionellen Neuerung betroffen sein. Dennoch ist sie zu begrüßen, denn sie ist ein Gewinn für die Demokratie – und sie entspricht dem christlich-demokratisch geprägten Gedanken der Subsidiarität. Nun muss es darum gehen, den Integrationsprozess besser an die Bürger zu vermitteln. Die Konrad-Adenauer-Stiftung leistet dazu einen Beitrag im In- und Ausland.

In den Staaten Südosteuropas, die eine EU-Mitgliedschaft anstreben, bedarf es weiterer Stärkung von Frieden und Sicherheit, Freiheit und Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und Sozialer Marktwirtschaft. Besonderer Handlungsbedarf besteht in den Bereichen Rechtsstaatlichkeit, Kriminalitätsbekämpfung, funktionierendes Justizwesen und, bezogen

auf den Westlichen Balkan, Zusammenarbeit mit dem Internationalen Strafgerichtshof für das ehemalige Jugoslawien. Die Staaten müssen sich dafür selbst entschlossen einsetzen.

Die jüngsten Erfahrungen im Erweiterungsprozess haben gelehrt, dass die Beitrittskriterien bereits vor dem Beitritt erfüllt sein müssen. Von den Reformen in den einzelnen Staaten Südosteuropas, von ihrem Tempo und ihrer Wirksamkeit, werden die nächsten Erweiterungsschritte abhängen. Historisch gehören diese Staaten zu Europa. Sie brauchen für ihre weitere Entwicklung die Perspektive auf eine EU-Mitgliedschaft. Diese gibt es jedoch nicht ohne beachtliche und umfassende Eigenanstrengungen.

A handwritten signature in black ink, reading "Gerhard Wahlers". The signature is written in a cursive style with a large, looped initial "G".

Dr. Gerhard Wahlers  
Stellvertretender Generalsekretär